Gründlicher
Unterricht
in Buchführung bis zur Bilanzsicherheit. Lehrgeld monatlich 5 Mk. Zur Erlangung einer entsprechenden Anstellung bin ich behilflich.
Angeb. unter C4562 an die Gesch. d. Bl.

Dr. Zinsser's Spezialtees
Herbaria-Kräutertees
Norbertl-Spezialtees des Pfarrvikar Herrmann
Sternengeltees
Rhönkräutertees
Waldflora
Lücks-Spezialtees
Kettwiger Zuckertee
und Präparate
und alle andern gangbaren Sorten sind stets frisch vorrätig in
Arens' Marien-Apotheke
Bocholt i. W.
Nordstraße 11.
Verlangen Sie kostenlos Prospekte von uns. Briefliche Bestellungen werden umgehend erledigt.

Zucksin
tötet
Hunde-, Bett-, Hühner-
Flöhe
½ Paket 0.85
1/1 Paket 1.60
Zu haben
Drogerie Bruns

Unterricht
(individuell)
in
Buchhaltung
einfach und doppelt (deutsch, ital. und amerikanisch),
Bankkontokorrent,
Kaufm. Rechnen,
Korrespondenz,
Wechsel- u. Scheckverkehr,
Stenographie,
Maschinenschreiben,
Rundschrift,
Schönschreiben,
Deutsch,
Französisch u. Englisch (Grammatik u. Konv.)
Handels-Hochschuldidg und Auslandspraxis.
Für Handwerker:
Vorbereitung für Prüfungen.
Jul. C. Schmitz.
Dingden i. W.

a. Eiderfettkäse 20 %
Pfd. = Mk. 6.30 franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Schwache Nerven
sind die Grundursachen der meisten Krankheiten, Blutarmut, Herzklopfen, nervöse Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Schwächezustand, aller Art, Unlust zur Arbeit, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur durch
Doppelherz
dem von der Wissenschaft anerkannt. Nervenkräftigungsmittel, behandelt werden. Allein echt mit der Herzschwester.

Originalflasche
GM. 2.—, 3.90 und 5.—.
Echt zu haben durch:
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22

Ein sauberes
Morgenmädchen
tl. nur für einige Stunden zum Putzen sucht.
iheres in der Gesch. Bl.

richtung
Spiegelscheiben, Ausl.-Inneneinrichtungen, schrank mit geschliffineres Geschäft, spez. nde etc. wegen Aufbert zu verkaufen. der Geschäftsstelle

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 195 | Dienstag, den 19. Juli | Jahrgang 1927

Das Reichsschulgesetz und die Parteien.

Der Entwurf des Reichsschulgesetzes wird, wie schon aus den in der Sonntagsausgabe veröffentlichten Pressestimmen hervorging, von den Demokraten und Sozialdemokraten glatt abgelehnt, von der Deutschen Volkspartei mit geteilten Gefühlen betrachtet, auf deutschnationaler und Zentrumsseite dagegen als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage bewertet.

In sozialdemokratischen und demokratischen Bemerkungen wird vor allem beanstandet, daß der Entwurf die drei Schularten, die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die bekenntnisfreie Schule gleichberechtigt nebeneinander stellt und auch die Errichtung von Gemeinschafts- oder Simultanschulen für Orte, wo es solche noch nicht gibt, von der Stellung eines Antrages und seiner hinreichenden Unterstützung abhängig macht. So wird aus führenden Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion folgendes erklärt:

„Die Reichsverfassung gibt im Artikel 146 der Gemeinschaftsschule insofern eine besondere Stellung, als es zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen keines Antrages aus Elternkreisen bedarf, sondern der Staat selbst diesen Schultypus von sich aus schafft, sofern nicht besondere Anträge auf konfessionelle oder bekenntnisfreie Schulen vorliegen. Die Gemeinschaftsschule ist nach dem Willen der Verfassung der Typus, den der Staat oder die Gemeinden von sich aus einzurichten haben, wenn das den Eltern gegebene Antragsrecht für Sonderschulen nicht in Anspruch genommen wird. Die Konsequenz daraus ist, daß der Staat ohne besonderen Antrag überhaupt keine konfessionellen oder bekenntnisfreien Schulen einrichten kann, und daß es für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen keines Antrags bedarf."

Aus ähnlichen Erwägungen erklärt der „Vorwärts" den Gesetzentwurf als verfassungswidrig, da er die von der Verfassung der Simultanschule eingeräumte Vorzugsstellung völlig preisgebe. Man kann hieraus schon erkennen, nach welcher Richtung hin sich der kulturpolitische Kampf zuspitzen wird: Verfassungswidrig oder nicht? Von der Regierung wird bestritten, daß der Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter habe. Die für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit entscheidenden Sätze im Artikel 146 der Reichsverfassung lauten: „Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. . . . . Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird." Auf die Auslegung dieser beiden Sätze kommt es an. Kann aus ihnen die Berechtigung der demokratisch-sozialdemokratischen Forderung hergeleitet werden, daß überall zunächst die Gemeinschaftsschule, die gemischt konfessionelle Simultanschule, eingerichtet werden muß und nur dort, wo sodann Anträge auf die Errichtung von Bekenntnis- oder weltlichen Schulen gestellt und genügend unterstützt werden, solche Schulen einzurichten sind? Oder lassen sich mit den beiden Sätzen die Gesichtspunkte der Praxis vereinigen, in der in Deutschland die konfessionelle Schule die Regel und die Simultanschule die Ausnahme bildet? Der preußische Kultusminister Dr. Becker hat vor einiger Zeit ausdrücklich anerkannt, daß der Bekenntnisschule in Preußen der Vorzug gegeben werde, daß sie die Regelschule sei. Wird man nun so unvernünftig sein, erst sämtliche Volksschulen in Deutschland zu Simultanschulen zu machen, dann Anträge auf Rückverwandlung in Bekenntnisschulen entgegenzunehmen und darauf den Zustand wieder herzustellen, der vorher war? So würde es kommen, wenn die Gleichberechtigung der drei Schularten und die Bestimmung, die schon in dem von dem sozialdemokratischen Staatssekretär Schulz 1922 entworfenen Reichsschulgesetz enthalten ist, daß nämlich die bestehenden Schulen als beantragt im Sinne des Reichsschulgesetzes gelten sollen, als eine Verfassungswidrigkeit angesehen würde, für deren Durchsetzung Zweidrittelmehrheit im Parlament erforderlich wäre; denn diese spezifizierte Mehrheit ist im Reichstag nicht zu bekommen. Simultanschulen gibt es in Deutschland nur in Baden, Hessen und Nassau. Ueberall sonst haben wir die Bekenntnisschule, daneben noch seit einigen Jahren in einer Anzahl Großstädte und in Gemeinden mit starkem sozialdemokratischen und kommunistischen Einschlag bekenntnisfreie Schulen. Soll diesen Realitäten der schulpolitischen Lage zum Trotz eine allgemeine Schulumkrempelung gesetzlich verfügt werden, obwohl gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß ihr die Wiederherstellung der früheren Lage auf dem Fuße folgen würde?

Eine volksparteiliche Stimme, die Beachtung verdient, tönt aus der „Nationalliberalen Korrespondenz", dem parteiamtlichen Pressedienst der Deutschen Volkspartei. Dort nimmt der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Runkel, der als Schulsachverständiger seiner Partei an den Vorberatungen des Entwurfs teilgenommen hat, zu dem Reichsschulgesetz Stellung.

Dr. Runkel stellt zunächst fest, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei bei den Verhandlungen über den Entwurf sich tatsächlich in geschlossener Einheit den Regierungsparteien gegenüber sahen. Die Vorverhandlungen seien dadurch eine Auseinandersetzung zwischen der kirchlich-konservativen und der liberalen Weltanschauung gewesen. Das größere Verständnis für die liberalen Forderungen der Deutschen Volkspartei hätten dabei nicht die Deutschnationalen, sondern die Vertreter des Zentrums gezeigt. In manchen Punkten sei man auch volksparteilichen Forderungen entgegengekommen, so darin, daß die Gemeinschaftsschule der früheren Simultanschule gleich und christlichen Charakters sein sollte, daß für den „Geist des Bekenntnisses" eine andere Formulierung gefunden wurde, und daß das Kriterium für den geordneten Schulbetrieb in der Regel die „pädagogische Leistungsfähigkeit" der neuen Schule sein solle. Auch sei von einer Beaufsichtigung des Religionsunterrichts und einer Kontrolle des übrigen Unterrichts durch die Kirche nicht mehr die Rede. Der Entwurf spreche nur von einer Einsichtnahme. Aufsichtsbefugnisse habe nur der Staat, auch über den Religionsunterricht. Der Lehrer unterstehe nur dem Beamten-Disziplinargesetz. Allerdings seien die volksparteilichen Forderungen hier nicht immer voll befriedigt worden, anderwärts sogar unberücksichtigt geblieben. So vor allem die Forderung, der Gemeinschaftsschule den verfassungsmäßigen Vorzug gemäß Artikel 146, 1, einzuräumen. Auch die Stellungnahme des Entwurfs zur Erhaltung der im Artikel 174 vorgemerkten südwestdeutschen Simultanschulen entspreche nicht den Forderungen der D. V. P. Die volksparteilichen Vertreter würden deshalb ihre liberalen und durch die Verfassung begründeten Forderungen in den Ausschußberatungen erneut vorbringen.. Geh. Rat Dr. Runkel bezeichnet den Entwurf im ganzen als eine wertvolle Grundlage für eine weitere und hoffentlich ersprießliche Ausschußberatung. Die Vertreter der Regierungsparteien hätten auch ohne Ausnahme den Wunsch, den Entwurf zu verabschieden, aber, so fährt Dr. Runkel wörtlich fort: „Ob allerdings in der nunmehr vorliegenden Form, ist sehr fraglich, da eine Reihe berechtigter volksparteilicher Forderungen gar nicht oder doch nur ganz unvollkommen Ausdruck gefunden haben!" Im Ausschuß werden diese weiter erhoben werden und dort auch sicherlich mehr Verständnis finden, da ohne die Deutsche Volkspartei ein Schulgesetz nicht zustandekommen kann. Auf eine Koalitionsbindung auf anliegendem Entwurf kann sich die D. V. P. nicht einlassen, sie muß sich ihrer Stellungnahme zu allen strittigen Problemen bei den Ausschußberatungen vorbehalten, wie es ihre Vertreter bei den Vorverhandlungen getan und ihre Minister bei den Schlußberatungen im Kabinett auch zu Protokoll gegeben haben."

Obschon in diesen Aeußerungen eines kulturpolitischen Führers der Deutschen Volkspartei eine erheblich freundlichere Stellungnahme zum Ausdruck kommt als beispielsweise in der „Kölnischen Zeitung", läßt sich doch über das vermutliche Schicksal des vorliegenden Reichsschulgesetzes nichts voraussagen, zumal nicht nur die Deutsche Volkspartei hier einen unsicheren parlamentarischen Faktor darstellt, sondern auch in der Deutschnationalen Volkspartei liberale Elemente vorhanden sind, deren kulturpolitische Anschauungen sich von denen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten kaum unterscheiden. Die Gegnerschaft gegen den Entwurf ist also ziemlich stark. Diese Erkenntnis braucht aber keineswegs zu einer pessimistischen Beurteilung der schulpolitischen Lage zu verleiten. Das Zentrum, das schon so häufig parlamentarische Schwierigkeiten überwunden hat, wird sich auch dieser Situation gewachsen zeigen, um so mehr, als sein Standpunkt allen drei vorhandenen schulpolitischen Richtungen gerecht wird. Dieser Standpunkt deckt sich mit dem der Katholischen Schulorganisation, deren Kundgebung zum Reichsschulgesetz wir an anderer Stelle veröffentlichen; er und nur er allein verbürgt den schulpolitischen Frieden. Wir Katholiken wollen keine Vergewaltigung Andersdenkender, wir gönnen ihnen ihr Schulideal, wir verlangen aber auch für unsere Kinder eine Schule, die unseren Anschauungen entspricht.

Die katholischen Forderungen an das Schulgesetz.

× **Berlin**, 18. Juli.

Der Reichsausschuß der katholischen Schulorganisation Deutschlands hat am Samstag und Sonntag über den neuen Entwurf des Reichsschulgesetzes beraten. Der Reichsausschuß sieht in ihm, wie er erklärt, einen Versuch, die Schulfrage auf dem Boden der Gewissensfreiheit und Gerechtigkeit, wie es auch die Reichsverfassung vorsieht, zu lösen und so zu einem dauernden Schulfrieden hinzuführen.

Wenn wir, so heißt es in der Erklärung weiter, im folgenden unsere Forderungen und Wünsche bezüglich der Bekenntnisschule erheben und ihre volle Verwirklichung im Reichsschulgesetz erhoffen, so wiederholen wir gleichzeitig diese Erklärung, daß wir gewillt sind, Andersdenkenden dasselbe Recht für ihre Schulart nicht zu verweigern.

Der katholische Grundsatz lautet: Katholische Schulen für katholische Kinder! Darauf stützen sich unsere Forderungen:

1. Alle katholischen Eltern haben ein Recht darauf, ihre Kinder in einer katholischen Schule erziehen zu lassen. Es muß deshalb für die Möglichkeit gesorgt werden, daß auch Minderheiten eine öffentliche Bekenntnisschule erhalten. Wenn die für die Minderheitsschulen erforderliche Zahl nicht erreicht wird, muß durch Errichtung privater staatlich unterstützter Schulen Abhilfe geschaffen werden können. Das Elternrecht darf den Eltern der Simultanschulländer nicht verweigert werden. Wenn die Reichsverfassung dort besondere Berücksichtigung der Verhältnisse verlangt, so kann diese weder nach dem Wortlaut noch nach dem Sinn der Reichsverfassung darin bestehen, daß hier die Simultanschule gegen den Willen der Erziehungsberechtigten erhalten bleibt. Die im Artikel 174 vorgesehene besondere Berücksichtigung für Simultanschulländer darf nicht der Landesgesetzgebung überwiesen werden, sondern muß im Reichsschulgesetz selbst grundsätzlich geregelt werden.

2. Die katholische Schule muß in der Unterrichts- und Erziehungstätigkeit den Anforderungen des Bekenntnisses entsprechen. Deshalb auch die Angleichung der Lehrpläne und der Lehr- und Lernbücher an das Bekenntnis! Deshalb auch die Forderung nach bekenntnistreuen Lehrern. Die äußere Zugehörigkeit zum Bekenntnis genügt nicht. Ausnahmen dürfen nur — auch für die technischen Fächer — aus dringlichen Gründen zugelassen werden.

3. Der katholische Religionsunterricht muß im Auftrag und nach den Grundsätzen der Kirche erteilt werden. Die Kirche muß deshalb auch das Recht erhalten, selbst im Einvernehmen mit dem Staat diejenigen Persönlichkeiten zu bestellen, die die Aufsicht über den Religionsunterricht wahrzunehmen haben.

Der vorliegende Entwurf erfüllt diese Forderungen nur zum Teil. Indes sehen wir in ihm eine Grundlage für die bevorstehenden Verhandlungen und gebe nder Erwartung Ausdruck, daß alle gesetzgebenden Körperschaften gewillt sein werden, auch dem katholischen Volksteil sein Recht zuteil werden zu lassen. Wir sind sicher, daß das katholische Volk mit uns für die Verwirklichung unserer Grundsätze sich einsetzen wird. Wir begrüßen aber auch jede Mithilfe aus anderen Kreisen, die gleich uns für die Gewissensfreiheit und die Gerechtigkeit eintreten wollen, die gleichzeitig das Elternrecht als einen unzerstörbaren Bestandteil der deutschen Rechtsordnung und des deutschen Gemeinschaftswesens erblicken.

Der Sieg Seipels.

Der Rückzug der Sozialdemokraten. — Tirol wehrt sich. — 70 Tote und über 700 Verwundete.

Einstellung des Verkehrsstreiks.

:: **Wien**, 18. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des WTB erfahrt, ist die Konferenz des erweiterten Parteivorstandes der Sozialdemokratischen und der Gewerkschaftskommission dem Vorschlage des Parteivorstandes auf die Einstellung des Verkehrsstreiks beigetreten. Er wird zunächst versuchen, um Mitternacht den Betrieb wenigstens im beschränkten Umfange wieder aufzunehmen und hofft, daß er im Laufe des morgigen Vormittags wieder normalen Umfang annehmen wird.

*

Der Abbruch bedingungslos.

▲ **Wien**, 18. Juli. Der Sonderberichterstatter des W. T. B. erfährt aus der Regierung nahestehenden Kreisen, daß der Abbruch des Verkehrsstreiks bedingungslos erfolgte. In den Abendstunden erschien eine Sonderausgabe der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung", in der zur beschleunigten Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wird, da die „Gefahr reaktionärer Maßnahmen" abgewendet sei.

*

Die Rückkehr auf den parlamentarischen Boden.

:: **Wien**, 18. Juli. Gleich nach der Rückkehr der sozialdemokratischen Abordnung vom Bundeskanzler Dr. Seipel traten der Parteivorstand und die Gewerkschaftskommission zusammen, um den Bericht ihrer Führer entgegenzunehmen. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde diese Sitzung nachmittags weitergeführt. Es wurde die Situation in Oesterreich geprüft und die Gefahren wurden erwogen, die aus dem gegenwärtigen Zustand der Republik und der Demokratie drohen. Die Besprechungen führten zu dem bereits gemeldeten Beschluß, daß der Parteivorstand der Sitzung des erweiterten Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission, die für den Abend zusammenberufen wurde, vorschlagen wird, den Streik der Verkehrsbetriebe um 12 Uhr nachts zu beenden. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß die Partei entschlossen sei, den Kampf gegen die Regierung auf parlamentarischem Boden fortzuführen; denn die Partei mache die Regierung für das Blutvergießen verantwortlich. (Die Ausschreitungen hätten garnicht so furchtbar ausarten können, wenn die Polizei in ihren Maßnahmen durch den sozialistischen Bürgermeister Wiens nicht behindert worden wäre.)

*

Wiederaufnahme der Arbeit.

÷ **Wien**, 18. Juli. Die Arbeit ist heute morgen in den Betrieben wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft ist mit den angekündigten Fabrikzügen befördert worden. Die Durchführung dieser Züge wurde auch sonst sehr entgegenkommend gehandhabt. Ebenso verkehren die notwendigen Lastzüge. Die Zeitungen sind mittags wieder erschienen. Die Zahl der Toten wird im heutigen Polizeibericht mit 77 angegeben. Sie beträgt heute mittag mit Einschluß der inzwischen Verstorbenen 82.

*

Die Rolle der Gemeindeschutzwache.

△ **Wien**, 18. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des WTB. von Regierungsseite erfährt, ist die Gemeindeschutzwache ohne Zustimmung der Regierung aufgestellt worden. Wenn von einem Einverständnis mit der Polizei die Rede ist, so bedeutet dies lediglich, daß die Aufstellung der Polizei zur Kenntnis gebracht und daß verfügt wurde, daß die Gemeindeschutzwache bei etwaigen Vorkommnissen nicht etwa selbständig vorgehen kann, sondern sich an die Polizei wenden soll. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Einrichtung werde später zu klären sein. Allerdings sei es eine Tatsache, daß nach der Verfassung den Gemeinden die Haltung einer Gemeindepolizei zusteht. Weiter wird aus dieser Quelle erklärt, daß in der nichtsozialistischen Bevölkerung durch die Bildung der Gemeindepolizei Beunruhigung hervorgerufen worden sei, da man darin einen Versuch sehen zu können glaubt, um auf Umwegen zur Bewaffnung des Republikanischen Schutzbundes zu gelangen. Die Beunruhigung habe auch auf die Polizei übergegriffen. Deshalb habe die Polizei ihren Organen zur Kenntnis gebracht, daß der gesetzmäßige Aufgabenkreis der Bundespolizei in keiner Weise beeinträchtigt ist.

*

Die deutsche Sozialdemokratie an die österreichische.

:: **Berlin**, 18. Juli. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat der sozialdemokratische Parteivorstand an die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs folgende Kundgebung gerichtet:

„Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie bittet Euch, den Angehörigen der Opfer der Wiener Demonstrationen den Ausdruck seines herzlichsten Beileids zu übermitteln. Im Kampf gegen Klassenjustiz fühlen wir uns mit Euch solidarisch. Wir sind überzeugt, daß unsere prächtige Wiener Bruderorganisation auch aus diesen schweren Kämpfen im Interesse der Erhaltung der Republik schließlich gestärkt (?) hervorgehen wird."

*

Ein Ultimatum der Heimwehren in Tirol.

:: **Wien**, 18. Juli: Die Heimwehren in Steiermark haben ein Ultimatum gestellt, den Verkehr bis heute mittag 12 Uhr wieder aufzunehmen, andernfalls würden sie nach Graz marschieren. Man rechnet aber damit, daß das Ultimatum verlängert wird. In Innsbruck haben die Heimwehren die Eisenbahner zur Wiederaufnahme des Verkehrs gezwungen. Der Landeshauptmann hat die Hofburg in Innsbruck mit Maschinengewehren besetzen lassen. In Kärtner Gebiet haben die sozialdemokratischen Arbeiter die Heimwehren entwaffnet.

*

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in Tirol.

:: **Innsbruck**, 18. Juli. Die Bundesbahndirektion hat die Bundesbahnbediensteten aufgefordert, den Dienst ordnungsmäßig wieder aufzunehmen. Jede Dienstverweigerung würde für den Betreffenden schwere Folgen haben. Der Zugverkehr wird nach Maßgabe des Möglichen im vollen Umfange aufgenommen. Die Mittenwaldbahn ist vorläufig ohne elektrischen Strom. Man vermutet einen Sabotageakt. Auch kurz vor dem Einmarsch der Besatzung, heute früh, wurde auf dem Bahnhof Innsbruck der Telegrafenapparat unbrauchbar gemacht. Die Täter sind den Behörden bekannt und werden bestraft werden.

*

Die Besetzung des Bahnhofs in Innsbruck.

▲ **Innsbruck**, 18. Juli. Die Innsbrucker Heimatwehr hat dem Rufe des Tiroler Landeshauptmannes äußerst zahlreich Folge geleistet. Heute früh fand ihre feierliche Angelobung statt. Sie versieht nunmehr den Ordnungs- und Sicherheitsdienst auch außerhalb von Innsbruck. Die Besetzung des Bahnhofs von Innsbruck vollzog sich folgendermaßen: Um 2,15 Uhr marschierten auf dem Bahnhofsplatz Alpenjäger mit Maschinengewehren, Gebirgsartillerie und eine Kompagnie Heimatwehr auf. Der Bahnhof wurde umstellt und unter dem Schutze des Militärs rückten ungefähr 100 Gendarmen auf dem Bahnhof ein. Die Streikleitung, sowie die Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes, die den Bahnhof bisher besetzt gehalten hatten, zogen wieder ab. In ähnlicher Weise vollzog sich die Besetzung aller übrigen Bahnhöfe des Landes vollkommen reibungslos. Bereits in den ersten Vormittagsstunden konnten durch die technische Nothilfe Personenzüge abgelassen werden.

*

Italienische Sperre am Brenner.

)(**Innsbruck**, 17. Juli. Der italienische Polizeikommissär am Brenner hat bekanntgemacht, daß der

Grenzüberschritt nach Italien seit heute vormittag 11,30 Uhr für Oesterreicher, auch wenn sie ein Einreisevisum besitzen, gesperrt sei. Personen, welche auf eine Einreise bestehen, müßten eine besondere Einreisebewilligung aus Rom abwarten.

Das äußere Bild der Stadt.

▲ Wien, 17. Juli. Das äußere Bild der Stadt Wien ist in den meisten Fällen wieder normal. Die Gasthäuser und Kaffees haben geöffnet. Schon in den frühen Vormittagsstunden zogen große Scharen durch die Stadt, um sich die Zerstörungen anzusehen. Am meisten ist natürlich der Justizpalast umlagert, der innen und außen ein schauriges Bild der Verwüstung zeigt. Es stehen nur noch die Grundmauern. In den blauen Sommerhimmel ragt das eiserne Gerüst der rechten Kuppel wie ein Skelett empor. Nirgends mehr sieht man ein Möbelstück. Hausen von verkohlten Aktenstücken liegen umher. Postenketten versperren das Viertel des Justizpalastes und des Rathauses. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und Polizei vollzieht sich aber in durchaus freundlichen Formen. Die Stimmung ist noch immer gedrückt. Für den Wiener sind diese Ereignisse noch jetzt unfaßbar, was durchaus verständlich ist, wenn man hört, daß die Zahl der Getöteten dieser beiden Tage dreimal höher ist als die Zahl der Opfer, die die Revolution vor acht Jahren in ganz Oesterreich gefordert hat. Bisher sind 252 Personen verhaftet worden. Die Regierung hat heute eine Kundmachung anschlagen lassen, in der sie ihre Haltung und das Vorgehen der Polizei verteidigt. Sie ermahnt die Bevölkerung, weiter zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

★

Ein ruhiger Sonntag.

)(Wien, 18. Juli. Ein den Direktionen der österreichischen Bundesbahnen in Wien, Linz, Innsbruck und Villach zugegangenes Telegramm besagt, daß von heute ab Züge eingestellt werden sollen, die für die Beförderung von Arbeitern und Angestellten an ihre Arbeitsstätten notwendig sind. Der Bundeskanzler hat Weisung gegeben, daß die bei der österreichischen Regierung akkreditierten Auslandsvertretungen über den Verlauf der Unruhen und die Sicherheit in der Stadt dauernd unterrichtet werden sollen. In dem amtlichen Bericht von gestern abend über die Lage in der Stadt heißt es, daß die Ruhe während des ganzen Tages nicht gestört worden ist und die Straßen wieder ihr gewohntes Aussehen haben.

★

76 Tote, über 700 Verwundete.

:: Wien, 17. Juli. In den Leichenkammern des Allgemeinen Krankenhauses liegen 70 tote Opfer der Zusammenstöße von Freitag und Sonnabend, die Namen von 57 Personen sind bekannt. Die Polizei beklagt als Tote zwei Inspekteure, einen Bahnschutzgendarmen und einen Kriminalbeamten. Die Rettungsgesellschaft hat bisher 482 Verwundete verbunden. Da aber zahlreiche Verletzte direkt in die Krankenhäuser gebracht wurden, kann die Zahl von 700 Schwerverletzten als nicht übertrieben bezeichnet werden.

★

Neue Zusammenstöße.

Abgeordneter Pieck verhaftet.

:: Berlin, 18. Juli. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" aus Wien meldet, ist es heute morgen in einigen Außenbezirken Wiens zu erneuten Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei gekommen. Die Wachtmannschaften mußten von ihrer Waffe Gebrauch machen. Mehrere Personen wurden verwundet. Wie es heißt, sollen auch Todesopfer zu beklagen sein. Die Polizei hat jetzt gegen die Kommunisten energisch durchgegriffen. Die Zahl der verhafteten kommunistischen Hetzer, Brandstifter usw. beträgt bereits über 270. Auch der deutsche kommunistische Abgeordnete Pieck sowie drei Parteifreunde, die am Sonntag im Flugzeug in Wien eingetroffen waren, um dort eine Hetze von größtem Stil zu organisieren, sind vorsorglicherweise verhaftet worden.

★

Greueltaten.

:: Berlin, 18. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers" aus Wien meldet, werden nachträglich über die grauenvollen Ereignisse bei dem Ueberfall auf die Polizeiwache in der Lichtenberggasse folgende Einzelheiten bekannt: Die etwa 15 Mann starke Polizeiwache in der Lichtenberggasse nahe dem Justizpalast wurde in der Wachtstube von dem zahlenmäßig überlegenen Pöbel überfallen, vollkommen nackt ausgezogen und im Raum eingesperrt. Die Uniformen wurden vor der Wachtstube auf den Laternenpfahl gehängt und dann das Haus angezündet. Alle Polizisten verbrannten bei lebendigem Leibe.

★

Belästigung Seipels.

Wien, 18. Juli. (Von einem Sonderberichterstatter in Wien.) Gerüchte über ein Attentat auf den Bundeskanzler Dr. Seipel gehen offenbar darauf zurück, daß Bundeskanzler Dr. Seipel am Sonnabend in seinem Auto von jungen Burschen belästigt wurde, die auf das Trittbrett gesprungen waren. Der Dedektiv, der neben dem Führer saß, erkannte die Gefahr und ließ schneller fahren. Dadurch wurden die jungen Burschen vom Wagen geschleudert.

★

Ertappte Brandstifter.

)(Wien, 17. Juli. Heute vormittag herrscht nach den Berichten der „B. Z." in den Straßen Wiens ziemlich normales Leben. Die Geschäfte sind wieder geöffnet. Die öffentlichen Gebäude sind von der neugebildeten Republikanischen Schutzwache besetzt. Streikleitung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben jede Demonstration abgeschlagen. Die politischen Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition dürften sich bis Mitte der Woche hinziehen. Von 252 während der Unruhen Verhafteten sind die meisten nur wegen Widersätzlichkeit angeklagt, ferner ein Teil wegen Plünderung und Körperverletzung; vier Brandstifter wurden auf frischer Tat festgenommen, zwei Aufrührer, als sie auf einen Bahnpolizisten schossen. Unter den Verhafteten befinden sich viele Kommunisten, darunter auch eine große Anzahl russischer und ungarischer Emigranten. Die Verteiler kommunistischer Flugblätter wurden verhaftet. Die Polizei beanspruchte bisher keine Unterstützung durch Truppen.

★

Kommunisten mit Benzin gegen die Zeitungen.

:: Prag, 18. Juli. Wie aus Wien gemeldet wird, gibt die christlich-soziale Partei heute vormittag ein außerhalb Wiens gedrucktes Nachrichtenblatt heraus. Man hofft, daß heute wieder alle Tageszeitungen erscheinen können, die am Freitag ausgeplündert und demoliert wurden, werden erscheinen können. Bei der „Reichspost", bei der bekanntlich ein großer Teil der Setzmaschinen zerstört bezw. schwer beschädigt worden ist, konnte die Zerstörung der großen Rotationsmaschinen nur mit großer Mühe verhindert werden. Die Redakteure des Blattes erklären, daß der Angriff auf ihr Haus von Kommunisten ausgeführt worden ist. Es wurden große Benzinmengen von vornherein mitgebracht, die ebenso wie beim Justizpalast zur Inbrandsteckung des Gebäudes verwandt wurden. Diese Tatsache wird auch amtlich bestätigt.

Der deutsch-belgische Notenwechsel.

Die Widerlegung der Behauptungen Broqueevilles.

◆ Berlin, 18. Juli. Die deutsche Antwort auf die belgische Note ist heute in Brüssel überreicht worden. Beide Noten sind aber auf Wunsch der belgischen Regierung nicht veröffentlicht worden. Die Telegraphen-Union hört indessen aus diplomatischen Kreisen Berlins über den Inhalt der Noten folgendes:

In der belgischen Note wird auf eine Note der J. M. K. K. vom Februar 1925 hingewiesen, in der festgestellt worden sei, daß Deutschland die fünfprozentige Entlassungsquote nicht eingehalten habe. Seit 1925 sei die Quote sogar auf 25 Prozent erhöht worden, so daß Deutschland dadurch in der Lage wäre, sein Heer gegebenenfalls zu verdreifachen. Ferner wird in der belgischen Note behauptet, daß Geßler während der Etatsberatungen erklärt habe, zur deutschen Reichsmarine hätten sich 60000 Freiwillige gemeldet, von denen 1800 eingestellt worden wären. Das sei in Anbetracht der kleinen deutschen Reichsmarin eine außerordentlich hohe Zahl. Des weiteren habe der Abgeordnete Rönneberg bei den Etatsberatungen erklärt, Deutschland hätte jährlich 15000 aus dem Militärdienst Entlassene zu versorgen. Danach sei ebenfalls bewiesen, daß die Entlassungsquote verdreifacht worden sei.

In der deutschen Antwort werde nun, wie in Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, festgestellt, daß im Februar 1925 überhaupt keine Note der J. M. K. K. bei der deutschen Reichsregierung eingegangen sei. Richtig sei vielmehr, daß eine Note aus dem Juni desselben Jahres vorliege, in der eine mehr als fünfprozentige Quote von vorzeitig Entlassenen festgestellt werde. In der damaligen deutschen Antwort auf diese Note sei erklärt worden, daß Deutschland garnicht daran dächte, die fünfprozentige Quote zu überschreiten. Was die Entlassungen in den Jahren 1925 und 1926 anbeträfe, so seien von April 1925 bis März 1926 190 Mann und von April 1926 bis März 1927 sogar 970 Mann weniger vorzeitig entlassen worden, als es Deutschland erlaubt wäre. Ferner sei festzustellen, daß Deutschland gemäß Artikel 174 des Versailler Vertrages berechtigt sei, insgesamt bis zu 13,5 Prozent vorzeitige Entlassungen vorzunehmen. Der Abgeordnete Rönneberg habe im Reichstage erklärt, daß seit längerer Zeit 15 bis 20 000 Anwärter, die aus dem Militärdienst entlassen seien, auf eine Beschäftigung warteten. Davon, daß es sich um jährliche Entlassungen in einer solchen Zahl gehandelt habe, sei keine Rede gewesen. Was endlich die eventuelle Verdreifachung anbelange, so sei eine solche schon deshalb unmöglich, weil Deutschland nicht das genügende Bewaffnungs- und Unterbringungsmaterial für ein solches Heer zur Verfügung stände.

Im 2. Teil der belgischen Note werge nur das Budget des deutschen Reichswehrministeriums für 1927 beanstandet. Der Etat betrage sechs Zehntel von dem des Etats 1912. Das sei ein außerordentlich hoher Prozentsatz bei einem Heere von 100 000 Mann, gegenüber einem solchen von 800 000 Mann vor dem Kriege. Darüber hinaus seien die Verwaltungskosten und die Beträge für Munitionsbeschaffung und Bewaffnung ebenfalls viel zu hoch eingesetzt. Aehnlich verhalte es sich in allen anderen Etatsstellen.

Die laufenden Ausgaben seien von 1924 bis 1927 von 81 von 136 Millionen gestiegen.

In der deutschen Antwort werde zu diesen belgischen Behauptungen festgestellt, daß die Kosten für das durch den Versailler Vertrag geschaffene Berufsheer weit höher seien, als die für ein Heer nach der allgemeinen Wehrpflicht.

Außerdem seien die Preise für Material, Bekleidung und Dunitionsherstellung außerordentlich gestiegen. Was den Prozentsatz von sechs Zehntel anbeträfe, so wird in der Note festgestellt, daß der Etat von 1927 tatsächlich nur ein Drittel des von 1912 betrage. Der Verwaltungsdienst der deutschen Reichswehr entspreche durchaus den Vorschriften des J. M. K. K. Ferner sei festzustellen, daß der Bau von Kreuzern den Etat für 1927 ebenfalls erheblich belaste, da die Deutschland nach dem Versailler Vertrag belassenen Kriegsschiffe heute nicht mehr gefechtsfähig seien.

Mit diesen Feststellungen der deutschen Note dürften die von Broqueville aufgestellten Behauptungen und die Erläuterungen in der belgischen Note restlos widerlegt sein.

Richtigkeitsbeschwerde gegen das Schattendorfer Urteil.

:: Prag, 18. Juli. Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft heute gegen das Urteil im Schattendorfer Prozeß die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Der Schattendorfer Pfarrer Kheindl verschleppt.

▲ Budapest, 17. Juli. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros wird von der Grenze berichtet, daß die Schutzbundleute den Schattendorfer Pfarrer Kheindl nach einem unbekannten Ort verschleppt hätten. Kheindl sei ein Schwager der Brüder Tscharmann.

Litauen und Polen.

Ist eine Verständigung möglich?

Von unserem Kownoer Sonderberichterstatter.

— Kowno, im Juli 1927.

Seit ca. 8 Jahren besteht zwischen Polen und Litauen formell ein Kriegszustand, der bisher manchen Kombinationen in Osteuropa im Wege stand. An dem litauisch-polnischen Gegensatz scheiterte der Versuch, einen baltischen Staatenbund unter polnischer Hegemonie zu schaffen. An ihm schien auch die geschlossene Phalanx des von Moskau befürchteten Antisowjetblocks an der russischen Westgrenze zu scheitern. In wirtschaftlicher Hinsicht hat er besonders durch den Stillstand des polnischen Transits und der Memelslößung tiefgreifende Folgen gehabt, die namentlich in England peinlich empfunden wurden. Das des Wilnagebietes beraubte Litauen begann anscheinend seine Hoffnungen auf den natürlichen Gegner Polens, Sowjetrußland, zu setzen. Von litauischer Seite wurde wiederholt versichert, daß Litauen berufen sei, eine Brücke wischen Deutschland und Rußland zu bilden, und daß dazu unbedingt der Besitz des Wilnagebiets gehöre, der Litauen die gemeinsame Grenze mit Rußland wiedergeben würde. Daher gäbe es für Litauen nur die deutsch-russische Orientierung. Polen gegenüber aber wurde ein prononzierter Haß zur Schau getragen. Es galt als patriotisch, bei jeder Gelegenheit den „Räuber Wilnas" zu schmähen und mit den Weißrussen und anderen von Polen unterjochten Völkern Rachepläne zu schmieden. Bei den letzten Sejmwahlen gehörten die litauisch-polnischen Verhandlungen in Lugano und Kopenhagen zu den Haupttrümpfen der Opposition im Wahlkampfe gegen die damalige Regierung. Litauer vermieden sorgsam jede Gelegenheit, sich etwa bei internationalen Konferenzen — mit Ausnahme derjenigen des Völkerbundes — mit den Polen an einen Tisch zu setzen. Selbst die litauische Sozialdemokratie fürchtete sich, mit der P. P. S. Fühlung zu nehmen und dementierte ganz energisch alle derartigen Gerüchte.

Seit dem Umsturz vom 17. Dezember 1926 liegen jedoch einige Anzeichen dafür vor, daß in dieser Hinsicht in der Stimmung der Oeffentlichkeit gewisse Aenderungen sich vollziehen. Da war zunächst der rechtsstehende Kulturpolitiker Tumas, der in einem öffentlichen Vortrag neue Saiten anschlug und die „Ritterlichkeit der polnischen Nation", ihre Kulturhöhe und Toleranz pries. Die Linkspresse opponierte zwar lebhaft, aber in der Rechtspresse nahm niemand dagegen Stellung. Dann kam der Kownoer Universitätsprofessor Herbacauskas an die Reihe. Er gab sich zu den Slovackifeiern nach Warschau, schüttete polnischen Pressevertretern sein Herz aus und sprach von der Aufgabe des litauischen Adels, Mittler zwischen Litauen und Polen zu sein. Herbacauskas fuhr nach Warschau, nicht insgeheim und nicht allein: die prominentesten litauischen Literaten gaben ihm das Geleit und gaben so seiner Reise den Charakter einer Sendung.

Nun hat Herbacauskas sich auch in Wilna aufgehalten, dort allerhand über die Pläne von Woldemaras zu einer Verständigung mit Polen erzählt und sich sozusagen vorbereitend um eine geistige Entspannung zwischen Litauen und Polen bemüht. Die Ausführungen des Professors stießen die Wilnaer Litauer derart vor den Kopf, daß sie in ihrem Blatte an Kowno offen die Frage richteten, ob das, was der Herr Professor erzählte, auch wahr sei .... Und Kowno schwieg. Das war immerhin bedeutsam. Der Professor war offenbar zu weit gegangen, er hatte mit Namen genannt, was heute nur leise angedeutet werden darf. Der Minister Woldemaras ist Realpolitiker. Jahrelang wurde den Massen die Parole eingeprägt: keinen Frieden mit Polen ohne Wilna! Da darf ein Umlenken nicht überstürzt werden. Auf die nationalistischen Schützenvereine muß Rücksicht genommen werden, auf die Freischärler aus den Kämpfen gegen Polen und auf große Offiziersgruppen. Mit der Parole „Nieder mit dem Verräter von Wilna!" ließe sich wohl auch im Heer gut agitieren. Für die politischen Gegner Woldemaras' wäre das eine vorzügliche Kampfparole. Das alles weiß Woldemaras sehr gut.

Bei verschiedenen Gelegenheiten (im Sejm, bei Presseempfängen usw.) hat Woldemaras bisher aber doch schon folgende Gedankengänge entwickelt: auch Italien habe nicht mit einem Male sein ganzes Gebiet gewonnen, es habe vorübergehend mit Oesterreich paktiert. Woldemaras wurde sogar deutlicher und erklärte in einer seiner Reden, daß man direkten Verhandlungen mit Polen nicht ausweichen sollte, falls dadurch „etwas" zu erreichen wäre. Die Wiedererlangung des Wilnagebiets sei zwar das unverrückbare Ziel, aber falsch wäre eine Politik, die sogleich alles oder nichts fordere. Man müsse vielmehr mitunter sich mit Teilerfolgen begnügen. Diese Ausführungen machen denn doch den Eindruck, daß Woldemaras vorsichtig auf eine Verständigung mit Polen hinarbeitet.

Man meint vielfach, daß englische Einflüsse bei diesen Verständigungsversuchen im Gange sind. Das englische Interesse an der Memelslößung ist ja bekannt, und so ganz von ungefähr dürften die Besuche des englischen Gesandten und in den letzten Tagen des Majors des englischen Generalstabs Nesbitt in Kowno nicht gewesen sein.

Außer der Wilnafrage steht zwischen Litauen und Polen die Agrarfrage. Man hat in Litauen die polnischen Gutsbesitzer ziemlich radikal enteignet. Nun ist aber Woldemaras mit seiner Partei grundsätzlich gegen diese Agrarreform, sie hat auch bereits die weitere innere Kolonisation durch Verweigerung der Mittel abgestoppt und die Parzellierung von Gütern unter 120 ha eingestellt. Da meldete sich in der Regierungspresse der Fürst Radziwill und forderte, die Regierung möge den Gutsbesitzern auch die enteigneten Güter zurückgeben oder eine angemessene Entschädigung zahlen und die Regierung gab in der Tat dem Fürsten Radziwill einen Teil seiner (bereits parzellierten!) Güter zurück! Der Name Radziwill sagt ja politisch schon etwas und mit den Sapieha, Meysztowicz u. a. jenseits der Grenze in Polen ließe sich eine Verständigung über die Rolle der „Mittler" wohl finden.

Zum Fall Dr. Badt.

◆ Berlin, 18. Juli. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Zu dem Vorstoß des Reichsinnenministers von Keudell gegen den Vertreter der preußischen Staatsregierung im Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Badt, erfährt das „Berl. Tagebl.", daß voraussichtlich der Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrates sich Mitte der Woche mit der Angelegenheit befassen wird. Für Donnerstag, den 21. Juli, ist noch eine Vollsitzung des Reichsrates in Aussicht genommen, in der dann der Geschäftsordnungsausschuß seinen Bericht über die Behandlung des Vorfalls erstatten wird. Es sei, heißt es in dem genannten Organ, weiter anzunehmen, daß bis dahin auch die preußische Staatsregierung zu der Angelegenheit Stellung genommen haben werde. Von dem Verlauf der Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses des Reichsrates werde es abhängen, ob und wie weit die preußische Staatsregierung noch Veranlassung nehmen werde, öffentlich sich zu der Sache zu äußern. In unterrichteten Kreisen nehme man jedoch an, daß die Angelegenheit im Geschäftsordnungsausschuß gütlich beigelegt und dann durch gegenseitige Erklärungen im Reichsrat eine Verständigung erzielt werde.

Grundsätzliche Einigung zwischen England und Japan in Genf.

)(Genf, 18. Juli. (Schweizerische Depeschenagentur.) Die Verhandlungen in der Marinekonferenz nehmen einen friedlichen Fortgang. Die von der britischen Delegation unterbreiteten Vorschläge bezüglich der Kreuzerfrage sind, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, von der japanischen Delegation grundsätzlich angenommen worden. Die beiden Delegationen sind übereingekommen, daß jede Macht über die offiziell zugeteilte Tonnage an Kreuzern hinaus noch eine größere Anzahl Schiffe beibehalten könne, die bereits die Altersgrenze überschritten haben. Dies würde der britischen Delegation erlauben, die von ihr geforderte Anzahl leichter Kreuzer zum Schutze des internationalen Handels des britischen Weltreiches zu erhalten. Großbritannien wäre unter diesen Umständen bereit, einer Gesamttonnage von 500 000 Tonnen, Kreuzer und Zerstörer zusammengenommen, zuzustimmen. Japan würde auf Grund dieser Abmachung nunmehr 350 000 Tonnen an Kreuzern und Zerstörern erhalten. Die japanische Delegation hat ferner die britische Forderung angenommen, die Kreuzer von 10 000 Tonnen mit 8-zölligen Geschützen und alle übrigen Kreuzer-Einheiten mit sechszölligen Kanonen auszurüsten.

Wie die Schweizerische Depeschenagentur erfährt, ist die Einigung in der Kreuzerfrage wesentlich erleichtert worden durch den Umstand, daß die britische Delegation die durch die insulare Lage Japans begründete Ansprüche Japans in der Unterseebootsfrage grundsätzlich anerkannt habe. Es verlautet, daß die britische Delegation Japan grundsätzlich ungefähr die gleiche Anzahl Unterseeboote zuerkannt hat, als Großbritannien selbst beansprucht habe.

Könnekes Flug Berlin-Washington.

Berlin, 18. Juli. Wie die „Tägliche Rundschau" von bestunterrichteter Seite erfährt, wird in kürzester Zeit das Ozean-Flugzeug der Rohrbachwerke zum Ozeanflug startbereit sein. Wegen der fortgeschrittenen Zeit ist der Anstrich weggelassen, der Führersitz überdacht worden und die vom Rumpf nach den Tragflächen führenden Spannseile sind durch besonders starke ersetzt worden. Rohrbach-Roland soll von dem Piloten Könnecke gesteuert werden. Damit der Flug in aller Stille durchgeführt werden kann, soll der Apparat nachts von Staacken zum Tempelhofer Feld abgerollt werden. Man rechnet mit dem Stort zum Flug Berlin—Newyork—Washington bereits für einen der nächsten Tage.

Von Nah und Fern.

Drei Geschäftseinbrüche. — 60 000 Mark geraubt.

▲ Berlin, 18. Juli. In der vergangenen Nacht sind in Berlin drei große Geschäftseinbrüche verübt worden, bei denen den Tätern insgesamt eine Beute im Werte von 60 000 Mark in die Hände fiel.

Neue Wolkenbruchkatastrophe im Eulautal.

:: Prag, 18. Juli. Am Sonntag ging über das Eulautal ein neuer furchtbarer Wolkenbruch nieder, dessen Folgen die unheilvolle Katastrophe vom 9. Juli bedeutend übertreffen. Viele Baulichkeiten sind vollständig verschwunden. Die Straße gegen Eulau ist ein Trümmerfeld. Aus einem Hause in Obereulau, das mitten in den Hochfluten stand, konnten die Insassen nur mit Leitern gerettet werden. Ein Haus in Eulau, das beim ersten Hochwasser teilweise zerstört wurde, ist vollständig verschwunden. Eine Papierfabrik wurde zum größten Teil weggerissen. Der obere Mauerdamm des Eulaubaches ist vollständig zerstört. Im Bodenbacher Stadtteil Schmelze mußten die Bewohner den Weg über die Dächer nehmen. Die Ortschaft Bohmann gleicht einem Steinhaufen. Das Los der betroffenen Gemeinden ist verzweifelt.

Die Universität von Jerusalem.

Ueber die durch das große Erdbeben in Palästina teilweise zerstörte Universität von Jerusalem wird uns geschrieben:

Neben den vielen jahrtausendalten Kulturstätten Palästinas ist auch ein ganz modernes Institut Palästinas dem Erdbeben zum Opfer gefallen, nämlich die hebräische Universität, die eine der eigenartigsten wissenschaftlichen Gründungen der Erde ist. Schon vor dem Kriege dachte man daran, in Palästina eine Sammelstätte wissenschaftlicher Bestrebungen zu schaffen und neben den üblichen Lehrfächern der europäischen Universitäten auch in einem judaistischen Institut die Geschichte des Judentums besonders zu pflegen. Die langjährigen Pläne nahmen erst nach dem Kriege festere Gestalt an, nachdem durch Stiftungen aus Europa und Amerika die wirtschaftliche Grundlage für die Errichtung einer besonderen Universität des Heiligen Landes geschaffen worden war. Für den streng wissenschaftlichen Aufbau der Universität bürgte die Tatsache, daß hervorragende deutsche Gelehrte und Universitätslehrer anderer Völker als Protektoren die Entwicklung dieser Universität überwachten und für die Heranziehung eines geeigneten Lehrkörpers sorgten und noch heute sorgen, denn die Universität befindet sich erst im Beginn ihrer Entwicklung, sodaß der Schaden, der ihr durch das Erdbeben zugefügt wurde, sie besonders schwer trifft.

Die Grundsteinlegung der hebräischen Universität fand im Jahre 1918 statt. Am 1. April 1925 konnte der greise Lord Balfour die Eröffnung der Universität erklären. Zu dieser Eröffnung hatten selbst die ältesten Universitäten Vertreter entsandt, deren lateinische Reden im Verein mit den schönen Trachten an mittelalterliche Zeremonien erinnerten. Jeder Teilnehmer, ob tätiges Mitglied oder Gast, war unwillkürlich optimistisch gestimmt. Der Hallenser Professor Fodor, der als erster Wissenschaftler nach Jerusalem ging, leitete den Bau des chemischen Instituts in die Wege, das sich jedem anderen in der Welt, wenn auch nicht an Größe, so doch an Zweckmäßigkeit würdig an die Seite stellen konnte. In demselben Gebäude befand sich auch die mikrobiologische und hygienische Abteilung. Beide, sowie ein glänzend eingerichtetes Röntgeninstitut bildeten die Anfänge einer medizinischen Fakultät.

Unter Leitung Professor Warburgs wurde ebenfalls die Einrichtung eines naturwissenschaftlichen Instituts begonnen. Die Universitätsbibliothek umfaßt 120 000 Bände. U. a. befindet sich hier auch das Manuskript der Relativitätstheorie von Professor Einstein, das dieser neben anderen der Bibliothek zum Geschenk machte. Die Verwaltung der Universität liegt in den Händen vom Präsidenten Weizmann und Professor Einstein, sowie einer palästinensischen Exekutive. Zu hoffen ist, daß die Universität nach ihrer Wiederherstellung für den nahen Osten an Bedeutung zunimmt und ein Bindeglied zwischen westlicher und östlicher Kultur wird.

Das Arbeitsgerichtsgesetz, ein Schritt auf dem Wege zur Volksgemeinschaft.

Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und die Tatsache, daß trotz vieler Schwierigkeiten der nur bedingt vorgesehene Termin für das endgültige Inkrafttreten des Gesetzes, der 1. Juli 192[illegible], eingehalten worden ist, hat erhebliche Bedeutung in verschiedener Beziehung. Zunächst handelt es sich um einen guten Schritt vorwärts zu dem in Artikel 157 der Reichsverfassung aufgestellten Ziel: „Die Arbeiterschaft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht." Gewiß, „Arbeiter-Schutzbestimmungen" sind seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von den deutschen Staaten und dem Reich in mehr oder weniger wirksamer Form geschaffen worden. Aber dennoch konnte das Bestehen der Schutzbestimmungen nicht verhindern, daß die Arbeiterschaft in immer wachsendem Umfange sich als vom Staat vernachlässigte Volksschicht fühlte. Die Gründe für diese vielen unverständliche Erscheinung sind mannigfacher Art. Ausschlaggebend war aber letzten Endes das Empfinden, daß die Schutzbestimmungen als im Staatsinteresse liegende Wohlfahrtsbestimmungen und nicht als ein Recht angesehen wurden, das der Arbeiterschaft als gleichberechtigtem Glied im Volksganzen zusteht. Diese Auffassung wurde bestärkt durch die mangelhaften und zersplitterten gesetzlichen Vorschriften zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auf diesem Gebiet war in den letzten Jahren schon ein Fortschritt zu beobachten, und es ist zu erwarten, daß hier kein Stillstand eintreten, sondern eine planmäßige Entwicklung folgen wird. Doch auch die besten Gesetze werden nicht verhindern können, daß Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung der Gesetze und Vereinbarungen entstehen. Immer deutlicher trat in Erscheinung, daß ein einheitliches Arbeitsrecht nur möglich sein und weiterentwickelt werden könnte, wenn Vorsorge für eine sachverständige und einheitliche Rechtsprechung getroffen werde. Deshalb auch die Vorwegnahme der Neuregelung der Arbeitsgerichtsbarkeit nach der Schaffung des Arbeitsvertragsgesetzes, des Tarifvertragsgesetzes, des Hausgehilfengesetzes u. s. w.

Die Organisation und die in vielen Punkten von der Zivilprozeßordnung abweichenden Verfahrensvorschriften der Arbeitsgerichtsbehörden, wie die Gerichte der drei Instanzen (Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte, Reichsarbeitsgericht) vom Gesetz bezeichnet werden, sollen die Voraussetzungen für eine schnelle, billige und der nicht stillestehenden Entwicklung sich anpassende sachverständige Rechtsprechung schaffen. Der selbständige Aufzug der Gerichte erster Instanz und die An- bezw. Eingliederung der Gerichte zweiter und dritter Instanz, wie bei den ordentlichen Gerichten wird aber nur dann zu dem erstrebten Ziel führen, wenn die Vorsitzenden und Beisitzer (Arbeitsrichter) den an sie gestellten hohen Anforderungen entsprechen. Es ist daher zu begrüßen, daß die aus den Reihen der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft berufenen Beisitzer in besonderen, von den im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen veranstalteten Kursen geschult werden.

Die rechtzeitige, in wenigen Monaten durchgeführte Organisationsarbeit hat aber auch gezeigt, daß bei verständigem Hand-in-Hand-Arbeiten der Behörden mit den beteiligten Kreisen auch die größten Schwierigkeiten überwunden werden können. Diese Feststellung wird nicht beeinträchtigt durch die Tatsache, daß hier und dort Reibungen entstanden sind und auch eine Verschiedenartigkeit in der Auffassung über die durch das Gesetz gewollte Abgrenzung und Besetzung der Gerichte zutage getreten ist, die im Laufe der Zeit noch eine Berichtigung erfahren müssen wird.

Schließlich wird aber das Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes noch eine weit über den durch das Gesetz erfaßten Personenkreis hinausgehende günstige Wirkung im Gefolge haben. Die Verwirklichung des in der Reichsverfassung aufgestellten und bereits zitierten Zieles auf einem sehr wichtigen Teilgebiet wird nicht nur zu einer Vertiefung des Staatsgedankens in der Arbeiterschaft führen, sondern auch zur Ueberwindung der Justizkrise, die sich besonders in einem Mißtrauen weitester Volkskreise gegenüber der ordentlichen Gerichtsbarkeit auswirkt, ganz erheblich beitragen. Das Arbeitsgerichtsgesetz wird nicht, wie vielfach irrtümlich behauptet wurde, eine Entfremdung der Arbeitsgerichtsbarkeit von der ordentlichen Gerichtsbarkeit oder eine Aushöhlung der letzteren zur Folge haben, sondern im Gegenteil eine Annäherung bringen. Es ist deshalb bedauerlich, daß diese günstige Entwicklung immer noch durch Aeußerungen aus den Kreisen der ordentlichen Richter gestört wird, die das Gegenteil behaupten und durch Hinweise auf die teilweise entstehenden Mehrkosten Stimmung gegen das Gesetz machen wollen. Es ist hoffentlich damit zu rechnen, daß sich auch hier eine Wandlung vollzieht, weil sonst nichts als erneutes Mißtrauen gegenüber der Unparteilichkeit der ordentlichen Richter geweckt wird. Die Zustimmung, die das Arbeitsgerichtsgesetz als Ganzes von den hervorragendsten Wissenschaftlern des Arbeitsrechtes — aller Richtungen — erhalten hat, möge richtunggebend wirken.

10. Deutscher Studententag.

Enthüllung des Gefallenen-Denkmals.

:: Würzburg, 18. Juli. In Würzburg, der Geburtsstätte der Deutschen Studentenschaft, tagt der 10. Deutsche Studententag. Außer den einzelnen Arbeitsgebieten hat er sich mit dem Studentenrecht zu befassen. Namentlich hat er zu der durch den Dezemberbrief des preußischen Kultusministers wieder besonders brennend gewordenen Frage des rassevölkischen Gedankens Stellung zu nehmen. Die Mehrheit der Delegierten ist völkisch gesinnt, und es war sehr bezeichnend, daß in der Eröffnungssitzung Rechtsanwalt Edgar Jung in einem Vortrag über „Die geistige Wende" es sich nicht verkneifen konnte, an manchen Stellen recht unsachliche Bemerkungen über die heutige Staatsform zu machen, die aber nicht verhinderten, oder vielleicht auch besonders dazu verleiteten, daß seine Ausführungen mit starkem Beifall aufgenommen wurden. Mit den den Studententag beschäftigenden Fragen haben sich zunächst verschiedene Ausschüsse befaßt. Besonderes Interesse kommt hierbei den Beratungen des Rechtsausschusses bei, da er die Verfassungsfrage behandelt. Hier geht es um die Stellungnahme zu der oben bereits erwähnten Forderung des preußischen Kultusministers, daß die preußische Studentenschaft dem rassevölkischen Prinzip absage.

Am Samstag nachmittag wurden vom Hauptbahnhof in festlichem Zuge die aus Berlin, Dresden, Stuttgart und München eingetroffenen zehn Kriegsfahnen abgeholt, darunter eine Reihe von denen, in deren Zeichen unsere deutsche akademische Jugend in den schweren Schlachten bei Langemark ihr Leben für das Vaterland opferte. Eine Ehrenkompagnie vom 1. Bataillon des 21. (bayr.) Infanterieregiments der Reichswehr gab ihnen das Geleit zur Kaserne. Am Abend empfing der bayrische Ministerpräsident Dr. Held die Teilnehmer im Kaisersaal der Residenz.

Am Sonntag wurde das von der Deutschen Studentenschaft ihren gefallenen Kommilitonen gewidmete Denkmal eingeweiht. Voran ging eine Festsitzung in der Aula der Universität. Im Anschluß daran begaben sich die Teilnehmer und die Vertreter der Studentenschaften und Korporationen aus dem Reich in langem Festzug zum Denkmalsplatz. Chargierte von mehr als 300 Korporationen und etwa 6000 Studenten aus allen Teilen des deutschen Sprachgebietes waren erschienen. Das Denkmal, ein mächtiger Steinblock, von einem Adler gekrönt, liegt inmitten hoher Bäume, still und entfernt vom Verkehrsgetriebe, am Ufer des Mains. An den Seiten des Denkmals hatten die Fahnen der Kriegsfreiwilligen-Regimenter Aufstellung gefunden. Die Weiherede hielt der Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft, cand. ing. Thon. Unter den Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" und dem Ehrensalut eines Zuges der Würzburger Artillerie fiel die Hülle des Gedenksteines. Für die bayerische Staatsregierung, von der Ministerpräsident Dr. Held und zwei weitere Kabinettsmitglieder anwesend waren, sprach Kultusminister Dr. Goldenberger Worte der Genugtuung aus, daß dies Gefallenendenkmal in einer bayerischen Hochschulstadt enthüllt werde. Für die deutschen Hochschulen sprach der Rektor der Universität Jena, Professor Dr. Gerland. Er gedachte des Ruhmes, den sich die deutschen Studenten während des Weltkrieges durch ihren Opfermut und ihre Ausdauer erworben haben. Für die Hochschullehrer sprach Professor Dr. Schlink, der zweite Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hochschulen. Für die beiden christlichen Bekenntnisse sprachen der Bischof von Würzburg, Dr. Ehrenfried und der evangelische Dekan von Würzburg. Sodann legten Vertreter aller entrissenen deutschen Grenzgebiete Kränze am Denkmal nieder. Oberbürgermeister Dr. Löffler übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt Würzburg und versprach, es stets als eine heilige Stätte der Erinnerung zu pflegen. Am Abend fand in der Ludwigshalle ein großer Kommers statt, den die Würzburger Studentenschaft den auswärtigen Teilnehmern gab.

Besichtigung des Ruhrkohlenbezirks durch Grzesinski.

÷ Essen, 18. Juli.

Grzesinski traf heute morgen in Begleitung des Leiters der Kommunalabteilung, Ministerialdirektor von Leyden und Oberregierungsrat Hirschfeld, sowie Ministerialrat Geheimrat Pauli vom Volkswohlfahrtsministerium in Essen ein. Zu seiner Begrüßung hatte sich Verbandspräsident Happ am Bahnhof eingefunden. Der Bereisung ging um 9 Uhr im Dienstgebäude des Siedlungsverbandes eine Besprechung voraus, in der Verbandsdirektor Dr. Schmidt, sowie die Beigeordneten über die Aufgaben des Verbandes sprachen, nachdem Verbandspräsident Happ einen kurzen erläuternden Ueberblick gegeben hatte. Auf der sich anschließenden Besichtigungsfahrt der Verbandsarbeiten wurden die Stadtkreise Essen, Mülheim-Ruhr, Duisburg, sowie der Südteil des Landkreises Moers berührt. Ein Besuch der Hüttenanlagen in Rheinhausen unter Führung von Generaldirektor Dorfs wurde gleichzeitig damit verbunden.

Zwei „Friedensreden" Painlevés.

× Paris, 18. Juli.

In Vertretung des erkrankten Außenministers Briand nahm Kriegsminister Painlevé am Sonntag an der Einweihung des Gefallenendenkmals in Nantes und am Schlußbankett des Kongresses des Nationalverbandes der Kriegsverstümmelten teil. In seiner Rede auf dem Bankett kam Painlevé auf die Annäherung der alliierten Kriegsteilnehmerverbände an die deutschen und österreichischen Organisationen zu sprechen. Gegenüber der Ansicht, die Annäherung sei kühn und vorellig, erklärte Painlevé, blindes Mißtrauen sei schlimmer als blindes Vertrauen. Aber es handele sich nicht um blindes, sondern um vernünftiges und wachsames Vertrauen. Wenn der Kriegsverstümmeltenverband für den Frieden arbeiten wolle, werde er doch nicht die Augen vor den hinterhältigen und bösen Mächten schließen, die Europa in Unruhe hielten.

Painlevé sagte dann wörtlich: Ein so imperialistisches Regime, wie das deutsche Kaiserreich es darstellte, hat, als es von seinen großen Wahnsinnsträumen zusammenstürzte, große Wirbel zurückgelassen. Kasten bestehen, die weiter nach ihrer Revanche suchen. Gewiß hat Marschall Hindenburg einen Sattler an der Spitze des Deutschen Reiches ersetzt. Noch mehr als Haß ist das gegenseitige Mißtrauen das große Hindernis für die internationale Arbeit. Der Tag, an dem durch einen Zauberstab dieses Mißtrauen zerstreut und jedes Volk überzeugt ist, daß kein anderes es zuerst angreifen will, müsse kommen. Es gibt keine Regierung mehr, die ihr Volk in einen Krieg stürzen könnte. Um den Brand von 1914 zu entfachen, mußte der deutsche Kaiser dem Volke einreden, daß seine Kriegserklärung einem bevorstehenden Angriff eines Nachbarn zuvorkomme. Damit dieses Mißtrauen sich zerstreut, genügt es nicht, daß es in jedem Volk Männer und Parteien gibt, deren Friedenswillen unbestreitbar ist und daß diese Männer zur Macht gelangen, sondern sie müssen sich auf eine genügend starke öffentliche Meinung stützen, damit eine Umkehr möglich wird.

Painlevé versucht im übrigen natürlich darzutun, daß, wenn es ein Land mit Friedenswillen gebe, dies Frankreich sei.

Vor dem Gefallenen-Denkmal der Stadt Nantes hielt Painlevé eine zweite Rede, in der er sich bemühte, die Rüstungen Frankreichs und die neuen Militärgesetze zu verteidigen. Die Pflicht, die jeder verantwortliche Staatsbeamte habe, sei, einen Krieg unmöglich zu machen. Der Friede würde bestehen bleiben, wenn die Anstifter neuen Mordens und der Revanche wüßten, daß ihre Absicht auf einen wohlorganisierten und geschlossenen Widerstand stoßen würde. Dieser Gedanke habe die letzte Wahlreform beseelt. Für eine Armee sei es ein noch glorreicheres Leben, als Schlachten zu gewinnen, sie unmöglich zu machen und etwaige Kriegsgelüste durch die Straffheit ihrer Organisation, den Mut ihrer Soldaten und die Eigenschaften ihrer Führer zu entmutigen. Die Armee, die sich Frankreich schuf, stehe im Dienste des Friedens.

Freisprechung Aubeles.

:: München, 18. Juli. In der Berufungsverhandlung gegen den Lokomotivführer des im vorigen Jahre am Ostbahnhof verunglückten Zuges, Josef Aubele, wurde heute das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und Aubele von Schuld und Strafe freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwaltes ist damit erledigt. Die Kosten des Verfahrens erster und zweiter Instanz werden der Staatskasse überbürdet.

Der Staatsanwalt hatte gegen Aubele zwei Jahre sechs Monate Gefängnis beantragt. Das freisprechende Urteil wurde von den Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen und Aubele lebhaft beglückwünscht.

In der Begründung des Urteils wird gesagt: Es bestände nach wie vor der Verdacht, daß Aubele das Signal überfahren habe. Das Gericht sei aber zu der Ansicht gekommen, daß es auch möglich sei, daß eine vorübergehende Betriebsstörung bei den Signalanlagen vorgelegen habe und daß die Signalflügel den Signalhebeln nicht gefolgt sind.

Russland erwartet den Krieg.

Frauen und Kinder lernen schießen.

Von unserem Moskauer Mitarbeiter.

War schon der vergangene Krieg kein bloßer Krieg der Armeen, sondern vielmehr ein Kampf ganzer Nationen, so kann man sich ungefähr denken, wie der künftige Krieg aussehen wird. Es genügt, einen Blick auf Sowjetrußland zu werfen, um sich einen Begriff zu machen, was die Welt von einem neuen Krieg zu „erhoffen" hat.

In Sowjetrußland wird gegenwärtig die „Woche der Verteidigung" durchgeführt. Man diskutiert nicht mehr, ob ein Krieg kommen wird; daß ein Krieg kommt, und recht bald kommt, ist in Rußland bereits zum allgemein gültigen Axiom geworden. Jetzt heißt es, sich auf den Krieg vorzubereiten. Die „Verteidigungswoche" ist ein großartig angelegter Anfang dieser Vorbereitung. So paradox es in einem materialistisch eingestellten Staat klingen mag: das erste, womit angefangen wurde, war die „Mobilisierung des Geistes." Die innere Kriegsbereitschaft, der Wille zur Verteidigung, wurde zuerst ausgebildet. Alles andere muß automatisch aus diesem inneren Impuls folgen.

Der Ruf zur Verteidigung hallt jetzt in allen Teilen des riesigen Landes wieder, überall wird die militärische Abwehr organisiert. Es gibt zwei Organisationszentren. Das eine Zentrum ist die Rote Armee. Der Nachfolger Trotzkis auf dem Posten des Kriegskommissars, der verstorbene Frunse, hat eine tiefgehende Reform der Roten Armee durchgeführt. Diese Reform besteht in der Einführung des sogenannten „territorialen Milizsystems". Nach diesem System sind alle männlichen Einwohner Sowjetrußlands ständig Soldaten, die zu ihrer Berufsarbeit nur vorübergehend beurlaubt sind, deren Militärdienst also durch ihren Beruf gewissermaßen für einige Tagesstunden unterbrochen wird. Dieses System ist eine genaue Umkehrung der Systeme anderer Länder mit allgemeiner Militärdienstpflicht, wo die Bürger zur Ausübung ihrer militärischen Funktionen von ihrer Arbeitsstelle aus „beurlaubt" werden müssen.

Man könnte auf den ersten Blick glauben, daß es bei beiden Systemen auf dasselbe hinauskommt. Dies ist aber keineswegs der Fall. Die psychische und tatsächliche Situation ist eine völlig andere: der Sowjetbürger kehrt in sein Regiment zurück, das eine ständig existierende und — wenn man will — gleichzeitig auch nicht existierende Bildung ist; dort verkehrt er in seinem gewohnten Milieu, dort sieht er lauter bekannte Gesichter, dort ist er gewissermaßen „zu Hause". Welch ein „Fortschritt" der zaristischen Armee gegenüber, wo die Rekruten tausende Kilometer vom Heimatsort entfernt dienen mußten, damit jeder störende Einfluß des Hauses ausgeschaltet blieb!

Das zweite Zentrum der „Verteidigungsorganisation" Sowjetrußlands — dazu auf einer noch breiteren Basis als die Rote Armee — ist der „Oscaviachim", das Amt für den chemischen und Luftkrieg. In seinen Tätigkeitsbereich gehört die gesamte Bevölkerung Sowjetrußlands, Frauen und Kinder mit einbegriffen. Der Oscaviachim geht von der Voraussetzung aus, daß die direkten Wirkungen des kommenden Krieges sich noch weniger auf die verhältnismäßig schmale Kampffrontzone beschränken werden, als dies im letzten Kriege der Fall war, daß vielmehr das gesamte Territorium des kämpfenden Staates — auch eines so ausgedehnten wie der Sowjetunion — in den unmittelbaren Kampf hineingezogen wird. So begnügt sich der Oscaviachim nicht damit, daß er Laboratorien und Fabriken für den Gaskrieg unterhält, sondern er lehrt die gesamte Bevölkerung, sich gegen den Gaskrieg zu schützen. Es werden in den Fabriken und auf dem Lande Spezialkurse über den Gaskrieg abgehalten, ferner werden unter Frauen und Kindern Wettkämpfe in Bezug auf die schnellste Benutzung der Gasmaske veranstaltet. Bei diesen Wettkämpfen werden hohe Preise ausgesetzt.

Ebenso wenig begnügt sich der Oscaviachim mit dem Bau der Kriegsluftflotte, sondern er mobilisiert gleichzeitig mit ungeahnter Energie die Bevölkerung Sowjetrußlands zum Schutze gegen feindliche Angriffe. Jede Frau lernt in Sowjetrußland schießen. Es ist kein Sportbetrieb, sondern ernste Arbeit. Der feindliche Flieger muß damit rechnen, daß er nunmehr in jedem russischen Dorf Hand- und Maschinengewehre finden wird, die von einer Frauenhand gelenkt werden. Nichts ist leichter, als die russische Frau für diese Tätigkeit zu gewinnen.

Was übrigens den Flugzeugbau anbetrifft, so wird für die Art, wie er in Sowjetrußland betrieben wird, ein Beispiel genügen. Als der Bruch mit England zur Tatsache wurde, ging durch das ganze Land sporadisch eine Erregung sondergleichen. Diese Erregung drückt sich äußerlich in dem Bestreben aus, England mit einem Gegenschlag zu antworten. Welche Antwort sollte es sein? Eine neue scharfe diplomatische Note? Nein: eine Kriegsluftflottille! — Das Geld — oft nur wenige Kopeken — fließt von allen Seiten dem Aviachim zu. Die Zeichnungslisten werden in allen Zeitungen veröffentlicht. Es ist die populärste Volkssammlung, die Rußland je gekannt hat . .

Die „Verteidigungswoche" bezweckt nicht nur, in der Kampfbereitschaft der Bevölkerung Umschau zu halten; sie will gleichzeitig zur intensiveren Arbeit auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Organisation anregen. Die Produktionspropaganda gehört hiermit zu einem der Hauptziele der Verteidigungswoche; denn man weiß ganz genau, welche Forderungen an die Volkswirtschaft der kommende Krieg stellen wird. Und dies macht der Regierung nicht unerhebliche Sorgen; das Land ist noch recht weit davon entfernt, diesen Forderungen gerecht zu werden. Die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus in Rußland sind riesengroß. Umso energischer wird die Arbeit durchgeführt. In der „Verteidigungswoche" kommen nicht nur alle militärischen und strategischen Probleme — die übrigens alle konkret auf England abzielen zur Diskussion, sondern nicht minder lebhaft werden die wirtschaftlichen Fragen erörtert.

Selbstverständlich: in einem kurzatmigen Aufschwung kann es Sowjetrußland nicht schaffen. Trotzdem darf der Wert der „Verteidigungswoche" nicht unterschätzt werden. Ihre Wirkungen werden nachhaltend sein. Sie ist außerdem für die Stimmung Sowjetrußlands äußerst symptomatisch. Daß ihre Hauptbedeutung trotz aller praktischen Ergebnisse, die sie zeitigen mag, in erster Linie im Seelischen liegt, ist äußerst charakteristisch. Wenn der Krieg ausbricht, wird er für niemand in Sowjetrußland überraschend kommen. Ob die praktischen Voraussetzungen zu diesem Krieg alle erfüllt sein werden, ob das Materielle auf der Höhe sein wird — das bleibt eine offene Frage. Der sowjetrussische Mensch aber wird sagen können: „Ich bin bereit!" Und man weiß nicht: vielleicht wird dieser moralische Faktor sogar im kommenden, von der Technik völlig beherrschten Krieg sich als stärker erweisen, als manche kühl errechneten kriegstechnischen Instrumente.

Soziales.

Ablehnung des Schiedsspruches für die Kölner Metallindustrie.

◇ Köln, 18. Juli. In einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung der Tarifkommissionen aller Verbände der Arbeitnehmer wurde heute vormittag der von dem Sonderschlichter gefällte Schiedsspruch für die Kölner Metallindustrie abgelehnt. Die Arbeitnehmer sind der Auffassung, daß der Lohnausgleich viel zu verklausuliert festgelegt wurde, als daß sie hoffen dürften, für sich etwas herauszubekommen und anderseits um ein loyales Entgegenkommen der Arbeitgeber darin erkennen zu können. Die Formulierung für den Lohnausgleich ist nicht mit dem Einverständnis der Arbeitnehmer getroffen worden und wird von diesen nicht für tragbar angesehen. Sie sind vielmehr der Meinung, daß der geldliche Nutzen für die Unternehmer groß wäre und auf Kosten der Verdienstmöglichkeiten der Arbeitnehmer herauskäme.

Verhandlungen zwischen Zechenverband und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaues.

Essen, 18. Juli. Am heutigen Tage haben unter Vorsitz des stellvertretenden Schlichters, Oberlandsgerichtsrat Dr. Joetten, Verhandlungen zwischen Zechenverband und kaufmännischen Angestelltenverbänden über die Regelung der Zuschläge auf Grund des § 6 A der Arbeitszeitverordnung stattgefunden. Nachdem sowohl in freien Verhandlungen wie auch im Schlichtungsverfahren eine Gesamtvereinbarung nicht zustandegekommen ist, wird nunmehr der Schlichter eine bindende Regelung seinerseits auf Grund des § 6 A der Arbeitszeitverordnung treffen.

Aus aller Welt.

Die Ufa verklagt den früheren Leiter der Vertriebsabteilung.

◇ Berlin, 18. Juli. Wie der „Montag Morgen" berichtet, ist von der Ufa gegen ihren früheren Verleihdirektor, Siegmund Jacob, ein Prozeß angestrengt worden. Jacob wird schwerer Schädigungen der Gesellschaft beschuldigt, deren Direktorium er bis März d. J. angehört hatte. Es wird von ihm Ersatz für die eingetretenen Verluste gefordert. Insbesondere wird Jacob vorgeworfen, daß er eine große Zahl amerikanischer Filme zu übermäßigen Preisen angekauft habe, die sich dann entweder als völlig unverwendbar oder als höchst unrentabel erwiesen hätten. Der so entstandene Gesamtschaden wird von der Ufa auf etwa 16 Millionen Mark berechnet.

Ein Ein- und Ausbrecher verhaftet.

⊠ Berlin, 18. Juli. In einer Kolonie im Westen Berlins wurde gestern früh ein langgesuchter Ein- und Ausbrecher, der Schweizer Karl Schill, auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Schill war in ein Fenster einer Villa eingestiegen, wurde aber überrascht und ergriff die Flucht. Eine Motorradstreife der Schutzpolizei nahm die Verfolgung auf und holte Schill sehr bald ein. Er wurde in das Strafgefängnis Tegel, aus dem er vor kurzem ausgebrochen war, wieder eingeliefert.

Durchsuchung nach Waffen.

⊠ Berlin, 17. Juli. Ein großer Zug Stahlhelmangehöriger wurde gestern abend auf dem Bahnhof in Spandau nach Waffen durchsucht. Es wurden dabei verschiedene Verteidigungsgegenstände bezw. Schußwaffen gefunden. 21 Personen sind wegen verbotenen Waffenbesitzes festgenommen worden.

Abweisung der Meineidsanzeige gegen Staatsanwalt Floel.

)(Weimar, 18. Juli. Wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, hat der Weimarer Oberstaatsanwalt die vom Redakteur des sozialdemokratischen „Volk" in Jena, Konrad Fenkelmeig, erstattete Strafanzeige gegen den Staatsanwalt Floel wegen Meineides als völlig unbegründet abgewiesen.

Mord an einer Greisin.

Magdeburg, 17. Juli. Gestern mittag wurde hier die 73 Jahre alte Kantorswitwe Böhm mit durchschnittener Kehle und Stichwunden am Kopfe tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Da ihre Geldmittel vermißt werden, wird Raubmord angenommen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Großer Brand in Riga.

:: Riga, 17. Juli. Gestern ist die hiesige ehemalige Gummifabrik Provodnik abgebrannt. Sämtliche Gebäude und größere Holzläger wurden eingeäschert. Der Schaden ist sehr groß. Bei den Löscharbeiten wurden mehrere Feuerwehrleute verletzt.

Probeflug der „Columbia".

⊠ Paris, 17. Juli. Die Flieger Drouhin und Levine, die heute die verlangten Ersatzteile für ihren Apparat erhalten haben, machten nachmittags in Le Bourget einen zufriedenstellend verlaufenen Probeflug. Ueber den Start der „Columbia" zum Ozeanflug ist noch nichts bekannt.

Abgestürzter Flieger.

⊠ Rom, 18. Juli. In der Nähe von Tarent stürzte ein Militärwasserflugzeug ab. Es wurde zertrümmert; der Flieger war sofort tot.

Die Unzufriedenheit auf Samoa.

:: Apia, 18. Juli. Im Verfolg der gegen die Bevölkerung von Samoa gerichteten Maßnahmen ist ein weiterer Eingeborenenhäuptling seines Titels entkleidet und des Landes verwiesen worden. Zwei andere wurden zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

*

Die Predigt der Ortsnamen.

Die köstlichen Wortspiele Abrahams a Santa Clara, des berühmten Predigers des 17. Jahrhunderts, sind, vornehmlich aus der Kapuzinerpredigt in „Wallensteins Lager", bekannt. Weniger bekannt aber dürfte eine „Predigt der Ortsnamen" sein, die der Kanzelredner einmal seinen Hörern vorsetzte. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der liebe Gott ist mit seiner Hilfe nicht immer von Eilenburg, sondern auch zuweilen von Wartenberg; darum sollen wir in unserem Gebet von Anhalt sein. Wenn uns die Vorsehung über Kreuznach, nach Bitterfeld und Dornburg führt, so dürfen wir nicht verzagen, sondern müssen unseren Blick auf Seligenstadt richten, wohin wir aber nicht gelangen, wenn wir uns unterwegs in Weinheim und Spiegelberg aufhalten oder ungebührlich lange in Fraustadt und Magdeburg verweilen."

Aus der Heimat.

Bocholt, den 19. Juli 1927.

m. **Borromäus-Verein St. Josef.** Am Sonntag, den 24. Juli eröffnet die Bücherei eine Zweigstelle auf dem Fildeken im Hause des Herrn Hofboll (Schwertstraße), gleich in der Nähe der Schule und des Kirchbauplatzes. Die neue öffentliche Bücherei beginnt ihre Tätigkeit mit einem Anfangsbestand von 500 Büchern, die sämtlich neu und ungebraucht sind. (Dermatoid-Einband). Etwa 200 der neuesten Erscheinungen auf dem Büchermarkt werden vor allem lebhaftes Interesse der dort wohnenden bisherigen Leser finden.

t. **Tierquälerei.** Man schreibt uns: Des Menschen größter Feind ist der Mensch, sagt ein Sprichwort und keine Zeit zuvor hat dieses Wort so zur Wahrheit erhoben wie die jüngste Periode. Im Allgemeinen ist es begründet in dem Kampf ums Dasein, in dem Ringen um die Meisterschaft überhaupt, im besonderen aber kommt es gegenwärtig zur Auswirkung in dem Kampf um die Wohnung. Die Wohnungsfrage steht nach wie vor im Vordergrund aller anzustrebenden sozialen Verbesserungen. Solange diese Frage in befriedigender Weise nicht gelöst ist und die Menschen in drangvoll fürchterlicher Enge, vielfach wahllos zusammengepfercht werden, ist von einem häuslichen Frieden — und das ist doch das wertvollste, schönste, worin wir uns zu sonnen vermögen — nicht zu denken. Viele Haus- bezw. Wohnungsbesitzer können sich immer noch nicht damit abfinden, daß ihnen das sonst als heilig und unantastbare Recht des Eigentums beschnitten worden ist und glauben dann ihren Unwillen hierüber auf jede nur denkbare Art dem Mieter gegenüber auslassen zu sollen. Druck erzeugt naturgemäß Gegendruck und so macht man sich dummerweise ohne Grund den Himmel zur Hölle. Daß man aber seinen Unwillen harmlosen Tieren gegenüber ausläßt, gehört doch — Gott sei's gedankt — zu den Seltenheiten. Einem solchen Kraftmenschen im Osten unserer Stadt gegenüber hat sich unser Tierschutzverein in den letzten Tagen ins Mittel legen müssen. Ein harmloser, durchaus friedlicher Jagdhund war es, an dem der Mensch seinen Unmut bei jeder Gelegenheit ausließ. Nicht genug, daß er das arme, verängstigte Tier mit Stöcken, Latten oder was gerade zur Hand, verprügelte, bewarf es mit einem Topf Oelfarbe, der sich dann über den Rücken desselben ausgoß. Die ätzende Brühe hatte die Wirkung, daß sich über dem ganzen Rücken und am Bauch ein Abszeß bildete, der in furchtbar schmerzhafte Eiterung überging. Ob das als sehr wertvoll anzusprechende Tier, welches sich auf dem Schlachthofe in ärztlicher Behandlung befindet, wieder genesen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls hat der Hund infolge Verängstigung seinen Wert verloren.

* * *

m. **Rhede,** 18. Juli. **St. Jakobi-Schützen-Verein.** Am vergangenen Donnerstag abend fand im Saale des Herrn Franz Röffing eine Versammlung des St. Jakobi-Schützenvereins statt, die sich mit den Vorbereitungen für das diesjährige Sommerfest, verbunden mit Fahnenweihe, befaßte. Es hatten sich zahlreiche Mitglieder und Freunde des Vereins zu der Versammlung eingefunden. Der Vorstand konnte eine Anzahl Neuanmeldungen entgegennehmen, ein Beweis, daß das Interesse für die Schützenvereinssache in der Bevölkerung zunimmt. Herr Studienrat Dr. Becker hielt einen lehrreichen und interessanten Vortrag über die Entstehung und Entwicklung des Vereins, der zu den ältesten Schützenvereinen des Münsterlandes zählt. Die Anwesenden folgten den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und spendeten ihm warmen Beifall. Das Jubelfest des Vereins, zu dem sich viele auswärtige Schützenvereine angemeldet haben, findet am Sonntag, den 24. Juli und Montag, den 25. Juli statt.

v. **Rhede,** 18. Juli. **Verkehrsunfall.** Am Sonntag morgen kurz vor 9 Uhr ereignete sich auf der Münsterstraße bei der Wirtschaft Imping ein Unfall. Die Ehefrau des Landwirts Johann Beßling wollte in die Deichstraße einbiegen, wo sie im gleichen Augenblick von einem Motorrennfahrer überholt wurde. Bei dem Zusammenprall erlitt die Frau eine leichte Gehirnerschütterung, ebenso Verletzungen am Knie und an der linken Hand. Wer dieses Rennen im Dorf selbst sah, der wundert sich, daß nicht mehr Unfälle vorgekommen sind. Die Leute befanden sich alle auf dem Wege zur Kirche. Es wäre zu wünschen, wenn solche Rennen an Sonntagvormittagen während des Gottesdienstes verboten würden.

e. **Borken,** 18. Juli. **Diebstahl.** Drei Viehhändler von der holländischen Grenze hatten am vergangenen Samstag eine Autofahrt nach Essen unternommen. Auf der Rückfahrt wurde das Auto vor Dorsten von zwei Wanderern angehalten, welche die Insassen baten, eine Strecke mitfahren zu dürfen. Diesem Wunsche kamen die Autofahrer nach. Während der weiteren Fahrt schliefen die Viehhändler ein. In Raesfeld angekommen, wollten die zwei Wanderburschen aussteigen. Zur gleichen Zeit bemerkte jedoch einer der Händler, daß ihm seine Brieftasche mit ungefähr 200 Mark abhanden gekommen war. Die zwei Mitfahrer wurden des Diebstahls verdächtigt und aufgefordert, weiter mitzufahren. In Borken wurden die beiden der Polizei übergeben. Eine hier sofort vorgenommene Leibesvisitation war erfolglos. Beide bestreiten die ihnen zur Last gelegte Beschuldigung. Zur weiteren Untersuchung wurden sie dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

e. **Borken,** 18. Juli. **Beschädigung einer Reichsflagge.** Anläßlich des Kriegerfestes am Sonntag hatte das Bürgermeisteramt neben der preußischen Flagge auch die Reichsflagge schwarz-rot-gold gehißt. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde die Fahne heruntergerissen. Am Sonntagmorgen lag die Flagge beschmutzt und zerrissen auf dem Boden vor dem Amtsgebäude. Die Tat ist anscheinend von jugendlichen Personen in übermütiger Weise ausgeführt worden. Die Polizei fahndet eifrig nach den Tätern. — Es sei an dieser Stelle noch bemerkt, daß die öffentlichen Gebäude auch in Stadtfarben nur flaggen dürfen, wenn die Reichsflagge ebenfalls gehißt wird.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg,** 18. Juli. **Wallfahrt.** Am vergangenen Sonntag fand die diesjährige Kevelaer-Wallfahrt statt. Die Prozession fuhr morgens um 5 Uhr von hier ab und traf abends 9 Uhr wieder in Isselburg ein. Die Pilger hatten auf ihrer Reise herrliches Wetter. Ungefähr 200 Personen beteiligten sich an der Wallfahrt. Am Eingange der Stadt wurde die Prozession von der hochw. Geistlichkeit und vielen Gläubigen abgeholt und mit Gesang und Musik zur Kirche geleitet. Mit der Spendung des Segens schloß der Wallfahrtstag.

—t. **Isselburg,** 18. Juli. **Deutsche Jugendkraft.** Der hiesige Jugendkraft-Verein wird am kommenden Sonntag der Einladung der Deutschen Jugendkraft Hamminkeln Folge leisten und sich mit der ersten Riege am Schauturnen beteiligen. Auch werden 4 Turner an dem Reichstreffen in Köln teilnehmen. Wir wollen hoffen, daß diese auch von dort aus siegreich heimkehren werden, wie sonst von jedem Feste.

— **Wesel,** 18. Juli. **Vom Schmuggel.** Bei der Kontrolle der Frühzüge, die von der Grenze kommen, wurden durch eine Polizeistreife 20 Pakete holl. Kaffee, der eingeschmuggelt war, beschlagnahmt.

Kriegerfest-Ausklang.

Nachdem wir bereits gestern ausführlich über das Jubelfest des Bocholter Kriegervereins und das Kreis-Krieger-Verbandsfest berichtet haben, sind heute nur noch einige Einzelheiten nachzutragen.

Vor allem gilt es, nochmals diejenigen zu erwähnen, die besonders am Sonntag Nachmittag und Abends die unzähligen Gäste mit ihren Darbietungen erfreuten, und zwar die Bocholter Kriegerkapelle unter ihrem Dirigenten Herrn Langheinrich sen., die Gesangabteilung des kath. Gesellenvereins, die unter Führung ihres Dirigenten Herrn Kaplan Lehmkötter ein vorzügliches Können zeigte, und der Turnverein „Phönix", dessen ausgezeichnete Leistungen die vielen Zuschauer begeisterten. Es ist erfreulich, daß der Verein hier einmal Gelegenheit hatte, vor einem zahlreichen Publikum das zu zeigen, was die Deutsche Turnerschaft auf dem Gebiet der körperlichen Ertüchtigung der Jugend leistet. Dafür gebührt dem Verein, der sich in selbstloser Weise zur Verschönerung des Kriegerfestes zur Verfügung stellte, allgemeiner Dank.

Der Besuch der Abendveranstaltung im Schützenhaus am Sonntag war so stark, daß selbst der Kassierer Kamerad Jormann (der im Anschluß an die Jubelfeier des Vereins am heutigen Tage sein silbernes Ehejubiläum feiert) beinahe zufrieden gewesen sein soll.

Um das Zustandekommen des historischen Festzuges, der ein Schauspiel bot, wie es die Stadt Bocholt vielleicht noch nie sah, haben sich vor allem die Kameraden Phil. Waterkamp und Alois Graffe verdient gemacht, die auch sonst bei der Vorbereitung des Festes eifrig tätig waren. Erwähnt sei noch die Gruppe alter Gardegrenadiere, die der Gardeverein Bocholt stellte und die einen vorzüglichen Eindruck machte. Besonderer Dank gebührt den Mitgliedern des Bocholter Reit- und Fahrvereins, die gezeigt haben, daß auch heute, wo wir keine allgemeine Wehrpflicht mehr haben, ein ernster Wille und eifrige Uebung für eine gute reiterliche Ausbildung sorgen kann.

So wurde der Sonntag zu einem Festtag, der in allen Teilen einen überaus schönen Verlauf nahm und an den alle Teilnehmer stets gerne zurückdenken werden. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals der Verdienste des eifrigen Präsidenten des Kriegervereins Herrn Apotheker Schmitt gedacht, der zusammen mit dem Vorstand und den einzelnen Kommissionen das Fest vorzüglich vorbereitet hatte.

Nicht vergessen seien auch die Leistungen der Firma Hissen bei der Beleuchtung am Samstag und bei dem Feuerwerk am Sonntag, sowie der Gärtnerei Beeking und des Herrn Rettig.

Der gestrige Festtag begann wieder mit einem Wecken. Vormittags 8,30 Uhr fand in der Liebfrauenkirche ein Seelenamt für die verstorbenen und gefallenen Kameraden des Bocholter Kriegervereins statt, an dem sich die Mitglieder zahlreich beteiligten. Nach dem Kirchgang war Morgenkonzert beim Kameraden Anschlag, bei dem der Vorsitzende die

Antwort Hindenburgs

auf das am Samstag abgesandte Huldigungstelegramm verlesen konnte, die bei den Mitgliedern jubelnden Beifall auslöste. Das eigenhändig unterzeichnete Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Herren!

Für das freundliche Begrüßungstelegramm von Ihrem 60 jährigen Jubelfest und für das darin zum Ausdruck gebrachte Treuegelöbnis spreche ich Ihnen meinen besten Dank aus. Ich sende Ihnen nachträglich meine herzlichsten Glückwünsche zu der Feier.

Mit kameradschaftlichem Gruß

von Hindenburg.

Der Brief wird in der Geschichte des Vereins stets einen ehrenvollen Platz behalten.

Während des ganzen gestrigen Vormittags musterte man kritisch den Himmel, der sich nicht so freundlich zeigte wie am Sonntag. Gegen 10 Uhr fing es an zu regnen und hörte auch vorläufig nicht wieder auf. Trotzdem rückten die Vereine gegen 1,30 Uhr mit klingendem Spiel hinaus zum Biwack in den Hohenhorster Bergen, wo sich bald das gewohnte Lagerleben entfaltete. Abends gings dann wieder zurück zum Marktplatz, wo das Fest mit dem großen Zapfenstreich seinen Schluß nahm. Später blieben die Mitglieder in ihren Vereinslokalen noch einige Zeit kameradschaftlich beisammen.

So verlief das ganze Fest in echtem Kriegervereinsgeist, der hoffentlich innerhalb der Vereine erhalten bleibt und von diesen auch auf die heranwachsende Generation vererbt wird.

Turnen, Sport und Spiel.

Boxsport.

H. Bülling, Bocholt siegt über den Oberhausener Klöckner in der ersten Runde durch k. o.

Bei der Boxveranstaltung am vergangenen Samstag abend in Wesel (Heuberger Sportplatz) konnte der Bocholter H. Bülling wieder einen schönen Sieg über den Oberhausener Mittelgewichtler Klöckner davontragen. Klöckner greift direkt mit großer Wucht an und versucht mit Schwingern und Stoppern Bülling mürbe zu machen, deckt sich aber selbst gut. Bülling gibt eine bedachte kurze Blöße, Klöckner nützt den Moment aus zum Schlage, aber Bülling's Kinnhaken landet früher als er dachte und schon muß Klöckner bis sieben auf die Bretter. Weiter geht der Kampf und bald muß Klöckner abermals bis acht zu Boden. Jetzt ist das Schicksal Klöckners besiegelt. Bei Neum steht er zwar wieder auf den Beinen, versucht auch noch zu kämpfen, muß aber beim dritten Kinnhaken bis 15 zu Boden. k. o. — Am 30. Juli kämpft Bülling gegen den Polizeimeister von Elberfeld in Emmerich. „Ring frei."

J. S.

Verantwortlich für den Zenoteil: für Politik Chefredakteur Dr. Maser für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Operthum Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons van Beyern, Berlin SW, 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibara, Münster Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B... Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.

WÄHREND DES **SAISON-AUSVERKAUFS**

auf nicht herabgesetzte Preise **10 Proz. Rabatt.** In allen Waren-Gattungen billige Preise.

Ein Posten **Burschen-Anzüge,** solide Qualitäten, von **14, 16** und **18** Mk. an.

Jos. Ebbert, Osterstrasse.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Samstag abend 9 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Wilhelm Übbing

Katharina geb. **Stennecken**

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach schwerem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 67. Lebensjahre.

Ihre liebe Seele wird der christlichen Fürbitte und besonders dem Priester am Altare empfohlen.

In tiefer Trauer:
Wilhelm Uebbing
Karl Uebbing und Frau
geb **Pennekamp**
Josef van Wassen und Frau
geb. **Uebbing**
und 8 Enkelkinder.

Bocholt, den 10. Juli 1927.

Das hl. Seelenamt findet statt am Mittwoch morgen 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, die Beerdigung um 9 Uhr vom Sterbehause (Prinz Heinrichstr. 3) aus, wozu freundl. eingeladen wird.

ek4607



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Sonntag morgen 2 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Schwägerin u. Tante, meine lb. Braut

Elisabeth Kerkhoff

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 21. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Familie Kerkhoff, Erich Häuser.

Bocholt, Rhede, Vardingholt, Barlo, Crommert, Mehrhoog und Winterswyk, den 17. Juli 1927.

Das hl. Seelenamt findet statt am Mittwoch morgen ¾ nach 7 Uhr in der Liebfrauenkirche, danach die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundl. eingeladen wird.

Bruch-Heilung

Hermes — Dr. med. H. L. Meyer

von Behörden bestätigt!

Ohne Operation, ohne Berufsstörung!

Öffentliche Dankschreiben dortiger Gegend:

Dem **„Hermes"** Ärztlichem Institut für orthopädische Bruchbehandlung, in **Hamburg,** Espalande 6, bestätige ich hierdurch, daß ich durch die Spezialbehandlung seitens des Vertrauensarztes des Instituts von meinem linksseitigen, fast faustgroßen Wasserbruch vollständig geheilt worden bin, ohne daß ich meine Arbeit unterbrechen mußte. Meinen besten Dank. **Gust. Losch, Alten-Bochum, 31 Jan. 1927.**

Dem **„Hermes"** Ärztlichem Institut für orthopädische Bruchbehandlung bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten. **Fr. Krull,** Inspektor des Altersheims und Kinderhorts, **Nienburg, a. W., 1. Febr. 1927.**

Ueber 160 amtlich beglaubigte Zeugnisse Geheilter liegen vor der Sprechstunde aus. Sprechstunde unseres **approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes** in:

Wesel: Donnerstag, 21. Juli, nachm. von 3,30—7,30 Uhr,
Bocholt: Freitag, 22. Juli, vorm. von 8—1 Uhr im Hotel Escherhaus, Sonnabend, 23. Juli, vorm. von 8—12 Uhr und nachm. von 2—6 30 Uhr im Hotel Logemann,
Hamburg: im Institut Esplanade 6 täglich von 10—12 Uhr vorm. und von 4—6 Uhr nachmittags, außer Sonnabend nachm. und Sonntags.

„Hermes" Aerztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung. GmbH., Hamburg, Esplanade 6. (Dr. H. L. Meyer.)

Wir warnen vor Pfuschern, die uns nachzumachen versuchen, ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen.

HERVORRAGENDE EXISTENZ.

Wir vergeben noch für einige Bezirke Deutschlands die **Generalvertretung** unserer beispiellos leicht verkäuflichen konkurrenzlosen **Autozubehörartikel.** Zwingend und unentbehrlich für Personenwagen, Lastwagen, Wagenparks, Garagen. Behördl. Vorschrift zu erwarten. Kein Winker, Sucher oder dergl.

Jeder Auto- und Motorradbesitzer ist Käufer. Beste Referenzen. Fachkenntnisse unnötig. Die Generalvertretung sichert vornehme **Existenz** bei **sofortigem hohem Einkommen.** Je nach Bezirksgröße für ein Auslieferungslager 300—1000.— RM. in bar erforderlich. Horcher Papierkorb. Ausführl. Zuschriften nur von Herren, welche sich eine wirkliche Existenz gründen wollen, und sich der Sache widmen können, mit genauer Bezirksangabe und des zur Verfügung stehenden Kapitals an Firma **„Atomag"**-Fabrikation und Vertrieb von Spezial-Auto-Motorrad-Zubehör, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 43/44.

Reell u. fachmännisch bedient wird man in der **Stern-Drogerie.**

Wir empfehlen
Schmieröle f. Maschinen aller Art,
consist. Fette, Riemenwachs, Carbolineum.
A. Steiner & Große
Stern-Drogerie
Bocholt i. W.,
Ravardistr. 41.
Fernruf 2996.

Mutterkalb
14 Tage alt, zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ein schönes rotbuntes
Mutterkalb
zu verkaufen.
Heinrich Telake,
Mussum 33.

Großes möbl.
Zimmer
im Mittelpunkt der Stadt zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Suche für sofort od. später ein tüchtiges ehrliches
Mädchen
für alle Hausarbeit nicht unter 17 Jahren.
Wo, zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Suche zu sofort oder zum 1. August ein tüchtiges
Mädchen
für alle Hausarbeiten, gegen hohen Lohn. Wäsche außer dem Hause.
Näheres i. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Kath. **Mädchen,** 22 Jahre vom Lande, sucht
Stelle
für Küche und Hausarbeit.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Leichte
Stelle
am liebsten z. Kindern, gesucht. Nähkenntnisse vorhanden.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Berufstätige junge Dame sucht möbl.
Zimmer
im guten Hause.
Offerten unter C 4592 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Am Mittwoch, den 20. ds. Mts. vormittags 9 Uhr werden beim hiesigen Zollamt
2 schwarze Wallache
öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert.
Zollamt Bocholt.

Die
Besitzung
des Müllers **Friedrich Gooßen,** bestehend aus **Wohnhaus, Mühle und großem Garten** ist sofort von mir unterhändig zu pachten. Die Besitzung eignet sich auch für jedes andere Geschäft.
Theodor Harde,
Rhede, Bahnhofstr.

Kleiner, schwarzbr.
Rehpinscher
mit Lederhalsband in Suderwick abhanden gekommen. Wiederbringer wird belohnt.
Torvenkorn,
Werth.

150 Pfund
Spörgelsamen
hat abzugeben
Ww. Messing,
Liedern 41.

Höchste Zeit, da die Ernte bald vorbei. Empfehle dicke, schwarze
Ölbeeren
(Prachtware) zum billigsten Tagespreise.
Samenhaus und Obstplantage Behnen.

Die Beleidigung welche ich gegen Frau E. Drechsler ausgesprochen habe, nehme ich hiermit als unwahr zurück.
Frau Heinrich Kamps.